Nummer 248

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Klippel, Berlin-Friedenau.

Abendausgabe · 20 Goldpfennig. 69. Jahrgang Dienstag, 27. Mai 1924

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: R. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Krausenstr. 27.

Die Eröffnung des Reichstages.

Wüste Lärmszenen.

Heute nachmittag 3.15 Uhr wurde der Reichstag eröffnet. Schon lange vor Beginn nder Sitzung waren die Fraktionen vollzählig erschienen, auch die Tribünen, sowohl die Zuschauertribünen als auch die Tribünen der ausländischen Diplomatie waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Als eine der letzten Fraktionen betraten die Deutschvölkischen, Wulle, Ludendorff und Graefe an der Spitze, den Sitzungssaal. Wider Erwarten vollzog sich ihr Eintritt ohne jede Demonstration seitens der Linken. Pünktlich betrat der Alterspräsident, der sozialdemokratische Abgeordnete Bock-Gotha, den Präsidentensitz, nachdem festgestellt worden war, daß von der Reichsregierung kein Mitglied erschienen war. Schon die ersten schwerverständlichen Worte wurden von den Kommunisten, in deren Reihen man die abenteuerlichsten Gestalten bemerkte mit ungeheurem Lärm und den Rufen: „Heraus mit den politischen Gefangenen!" unterbrochen. Jedesmal, wenn der Alterspräsident seine Rede fortsetzen wollte, setzte ein wüstes Geheul auf der kommunistischen Seite ein und der Ton einer Kindertrompete klang zum erstenmal durch den Sitzungssaal des Deutschen Reichstages. Als dieses Konzert fünf Minuten lang gedauert hatte, verlas der kommunistische Abgeordnete Remmele eine Kundgebung für Freilassung der politischen Gefangenen. Der Name Ludendorff wurde zusammenhanglos von den Kommunisten dazwischengeschrien und jedesmal mit Geheul begrüßt.

Nach ¼4 Uhr erst konnte die Wahl des Präsidiums beginnen.

■

Der Reichstag war heute Vormittag, obwohl die Plenarsitzung erst um 3 Uhr nachmittags begann, schon von zahlreichen Neugierigen umlagert, die vergeblich sich um Eintrittskarten bemühten. Die Kontrolle beim Eintritt zum Reichstagsgebäude war sehr streng. Mehrere Hundertschaften Schutzpolizei waren in der Umgebung des Reichstages und im Reichstage selbst untergebracht.

Anläßlich des Zusammentritts des Reichstages fanden im Evangelischen Dom und in der Katholischen Hedwigskirche Gottesdienste für die Mitglieder des Reichstages statt. Die Messe in der Hedwigskirche zelebrierte der Abg. Domkapitular Leicht von der Bayerischen Volkspartei. Unter den Anwesenden bemerkte man auch verschiedene Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, u. a. den neugewählten Abgeordneten Prof. Martin Spahn, der neben seinem Vater, dem Zentrumsabgeordneten Peter Spahn, Platz genommen hatte.

Die Parteiführer beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident empfing im Laufe des heutigen Vormittags zuerst den Reichstagspräsidenten Loebe, sodann den Führer der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hergt, der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller, des Zentrums Fehrenbach, der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, der Deutschen Demokratischen Partei, Koch, und der Bayerischen Volkspartei, Leicht, zu Einzelbesprechungen über die politische Lage und die Frage der Regierungsbildung.

Der Reichspräsident wird, wie wir hören, am Nachmittag um 5 Uhr den Reichskanzler Dr. Marx empfangen.

Wie verlautet, wird der Reichspräsident dem bisherigen Reichskanzler Marx den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen.

Dem Parteiführerrömpfang beim Reichspräsidenten, der heute morgen in der Reihenfolge der Stärke der Parteien erfolgte, mißt man in parlamentarischen Kreisen nur vorbereitende Bedeutung bei. Wie man hört, hat der Reichspräsident insbesondere den deutschnationalen Führer nur allgemein informatorisch gehört und beabsichtigt erst im Laufe des Nachmittags erneut mit den in Frage kommenden Herren zu sprechen. Die Regierung wird der heutigen Eröffnungssitzung des Reichstages fernbleiben. Der Reichstag wird also ohne Beteiligung der Regierung eröffnet. Es ist nicht anzunehmen, daß die erste Betrauung für die Bildung eines neuen Kabinetts vor Nachmittag erfolgt.

Aus parlamentarischen Kreisen erfährt die Tll. weiter, daß man in Kreisen der Mittelparteien nach wie vor annimmt, daß ein Kabinett Tirpitz wenig Aussicht auf Gelingen besitzt. Man glaubt in Kreisen der Mittelparteien auch von sich aus nach geeigneten Persönlichkeiten Ausschau halten zu sollen, die in der Lage wären, ohne vorher genau festgelegtes Programm eine Kabinettsbildung zu versuchen. Welche Persönlichkeiten hierfür in Betracht kommen, kann aber im Augenblick nicht gesagt werden. Doch hält man daneben auch weiter die Möglichkeit der erneuten Betrauung des bisherigen Reichskanzlers Marx zur Kabinettsbildung offen.

Ueber die Haltung der Deutschnationalen verlautet nach der Preß-Korrespondenz, daß sie über die inzwischen veröffentlichten Richtlinien der drei bürgerlichen Parteien sehr unangenehm berührt worden sind und sich von weiteren Verhandlungen keinen Erfolg mehr versprechen. Namens des Zentrums erklärte der Abgeordnete Fehrenbach dem Reichspräsidenten, daß das Zentrum unverrückbar und unzweideutig zu den Richtlinien der drei bisherigen Regierungsparteien stehe. Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß der Reichspräsident im Laufe des Nachmittags den bisherigen Reichskanzler Marx mit der Kabinettsbildung beauftragen wird. Ob die Regierungsbildung noch im Laufe des heutigen Tages vollzogen werden kann, wird im wesentlichen davon abhängen, welche Haltung die Deutsche Volkspartei einnimmt. Darüber besteht bis zur Stunde Gewißheit noch nicht.

Die heutigen Fraktionssitzungen.

Die demokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer Sitzung den Bericht des Abg. Koch über die bisherigen Verhandlungen entgegen und billigte einmütig die Haltung ihrer Unterhändler. Sie gab dem Abg. Koch, der sich denn zum Reichspräsidenten begab, den Auftrag, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß der Wunsch der Fraktion dahin gehe, daß die Regierungsbildung möglichst rasch vollzogen werden möge.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist gegen 12 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, nachdem der Fraktionsvorsitzende, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, von seinem Empfang beim Reichspräsidenten zurückgekehrt war. Die Sitzung dauert noch an.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: „Die Fraktion stellt fest, daß die bisherigen Verhandlungen mit den Deutschnationalen bereits zu einer empfindlichen Schädigung der außenpolitischen Stellung des Deutschen Reiches geführt habe. Sie sieht in der schnellen Durchführung des Sachverständigengutachtens den einzig möglichen Weg zur Befreiung der Ruhr, zur Befriedung Europas, zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Sicherheit und damit zu einer Erleichterung der Wirtschafts- und Kreditkrise und zur Vermeidung neuer ungeheurer Arbeitslosigkeit. Sie fordert daher von jeder Regierung die Fortführung einer Außenpolitik auf der Grundlage der Durchführung des Gutachtens unter sozialgerechter Verteilung der Lasten. Sie wird jede Regierung bekämpfen, deren Außenpolitik durch Verzögerung oder Zweideutigkeit Deutschland einer Katastrophe entgegenführen würde."

Die bisher als Wirtschaftspartei bezeichnete neue Parteigruppe, die sich aus sieben Mitglieder des Bayerischen Bauernmittelstandsbundes, fünf Mitgliedern der Deutschhannoverschen Wirtschaftspartei und drei Mitgliedern des deutschen Mittelstandes zusammensetzt, hat sich heute unter dem Namen „Wirtschaftliche Vereinigung" konstituiert und zu Vorsitzenden Professor Fehr (Bayr. Bauernbund) Alpers (D. Hann.) und Prof. Dr. Bredt (Bayr. Bauernbund) gewählt. Die Fraktion hielt sodann eine allgemeine Aussprache über das Reparationsproblem und die Fragen der Regierungsbildung, ohne Beschlüsse zu fassen. In der Frage der Besetzung des Reichstagspräsidiums wird die Fraktion den Traditionen des Hauses folgen.

Die kommunistische Fraktion des Reichstages hat sich heute in ihrer ersten Sitzung konstituiert und mit der Fraktionsleitung die Abgg. Thälmann-Hamburg, Frau Ruth Fischer-Berlin, Koenen-Halle, Koh-Hannover und Dr. Rosenberg-Berlin beauftragt. Die Fraktion will sofort auf eine Amnestie der politischen Gefangenen, die nach Tausenden zählen, hinwirken. Von der Fraktion fehlen bei finden sich neun Abgeordnete gegenwärtig in Haft, fünf davon sind erst in den letzten Tagen in Haft genommen. Seit längerer Zeit sind inhaftiert: Urbahns-Hamburg, Jodisch-Glauitz, Pfeiffer-Berlin und Lademann-Gießen, neuerdings wurden verhaftet Heydemann-Königsberg, Buchmann-München, Schlecht-Berlin, Florian-Köln und Lindau-Bremen. Die Fraktion wird in der heutigen Plenarsitzung sofort durch schleunigen Antrag die Haftentlassung der Abgeordneten beantragen.

Die Teilnahme der französischen Sozialisten an der Kabinettsbildung

Verschärfter Feldzug gegen Millerand.

TU Paris, den 27. Mai.

Nach den Meldungen aus der Provinz zu schließen, gewinnen innerhalb der sozialistischen Partei die Anhänger einer positiven Mitarbeit bei der Kabinettsbildung und der Regierung immer mehr an Boden. Von 12 Departements haben 10 im Verlauf der vorgestern und gestern abgehaltenen lokalen Kongresse für die Beteiligung an der Regierung und nur zwei dagegen gestimmt. In Tarn erklärte ein Sozialist auf der Tagung des Generalrates, die Kammer habe sofort nach ihrem Zusammentritt Millerand zum Rücktritt von seinem Posten aufzufordern. — In Limoges brachte ein Sozialist auf der Tagung des Generalrats Haute-Vienne eine Resolution ein, jede Zusammenarbeit mit Millerand abzulehnen, da er aus seiner verfassungsmäßigen Rolle herausgetreten und sich nicht scheute, an dem Wahlkampf teilzunehmen. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein anderer sozialistischer Antrag auf Absetzung des Präsidenten der Republik im Departement der Ardenner wurde gegen die 5 Stimmen der Sozialisten abgelehnt.

*

eca Paris, den 27. Mai.

Die gestrige Rede Poincarés bei der Eröffnung des Generalrates im Departement Meuse wird stark kommentiert als Ankündigung, daß Poincaré entweder als Führer der Opposition auftreten oder aber jede Gelegenheit benutzen wolle, um mit der Losung der Einigung der Republikaner seine Freunde vom linken Flügel bis zum Nationalen Block wieder in die Regierung zu bringen.

Die sozialistische Presse zeigt sich besonders erbost über diese letzte Möglichkeit. „Ere Nouvelle" glaubt, man müsse diesen „Wartherpfeil" Poincarés dadurch abwehren, daß man die Legende von den diplomatischen Erfolgen des letzten Kabinetts zerstöre.

Nach Poincarés Behauptungen ist eine friedliche Regelung nur möglich, wenn die großen Linien der auswärtigen Politik unverändert verfolgt werden. Den Sachverständigenbericht, den Poincaré zugestimmt habe, hält die „Ere Nouvelle" für unvorteilhafter für Frankreich, als den Plan Bonar Laws vor der Ruhrbesetzung. Die Ruhrpolitik habe Frankreichs solide Forderungen zerbröckelt, den deutschen Nationalismus gefördert, die Schuldnerpflicht Frankreichs erschwert und seine Gläubigerrechte Deutschland gegenüber nicht verbessert. Das müsse man feierlich vor den Vertretern des Landes feststellen, damit die Verantwortung klar sei.

Im Anschluß an die gestrige Rede Poincarés rollt die Linkspresse die Präsidentenfrage wieder auf und verlangt das Verschwinden Millerands in außerordentlich scharfen Worten.

Der „Populaire" wirft Millerand Hochverrat vor und will ihn fortjagen und sagt das sehr drastisch.

Der „Quotidien" erklärt, daß vor jeder Regierungsbildung der Abgang Millerands vollzogen sein müsse. Die Linkspartei würde nur vorübergehend und ganz verfehlt regieren, wenn sie die Macht einem Manne ließe, der auf Grund seiner verfassungsmäßigen Neutralität das Volk zugunsten ihrer Gegner ganz ungut einem Privatinteressen auszuliefern gedächte.

Die Blätter, die Millerand nahe stehen, sind denn auch recht nervös. Herve in der „Victoire" behauptet sogar, es käme einem Staatsstreich gleich, wenn die Sozialisten des Linken Blockes das Verschwinden des Präsidenten verlangten und ihre Radikalen Alliierten zwingen wollten, sich der Kabinettsbildung zu weigern, solange Millerand im Elysée sei. Herve versucht dann, wie auch gewisse andere Kreise, die Führer der Linken im Senat und in der Kammer, d. h. die Anhänger Painlevés und Doumergues, gegen einander auszuspielen. Es gebe doch sicher im Senat Radikale, die nicht gestatten würden, dies „Abenteuer" bis zum Schlusse durchzuführen. Sentimental schließt Herve seinen Artikel mit den Worten: „Ihr armen Toten aus dem großen Kriege! Habt Ihr Euch darum für Euer Vaterland geopfert, um 5 Jahre nach Friedensschluß diesem widerlichen Schauspiel beizuwohnen?"

St. Aulaire im Foreign Office.

eca Paris, 27. Mai.

Dem „Echo de Paris" wird aus London über eine eingehende Unterhaltung des französischen Botschafters, Grafen Saint Aulaire, mit dem ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office Sir Crewe über die Ruhr- und die allgemeinen Reparationsfrage berichtet. Demnach scheine der englische Gesichtspunkt bezüglich der französisch-belgischen Eisenbahnregie noch immer „der Klarheit zu entbehren".

Nach dem Bericht des „Echo de Paris" ist auch die Saarfrage bei dieser Gelegenheit zur Sprache gekommen. Die englische Regierung scheine kürzlich daran gedacht zu haben, diese Frage wieder aufzurollen und einzelne Mitglieder der Regierung schienen geneigt, abermals eine Verringerung der Besatzungstruppen und den Ausbau der örtlichen Gendarmerie im Saargebiet zu verlangen. Zweifellos werde man jedoch die große Gelegenheit des demnächstigen Zusammentretens des Völkerbundes abwarten, zumal Macdonald dieser Tagung voraussichtlich persönlich beiwohnen werden.

Das italienische Königspaar in London.

Trinksprüche im Buckingham-Palast.

eca London, 27. Mai.

Gestern abend wurde zu Ehren des italienischen Königspaares im Buckingham-Palast ein Staatsbankett gegeben. Der König von England nahm in seinem Trinkspruch Bezug auf „die dauernden, ungebrochenen Bande der Freundschaft zwischen Italien und England, die im Verein mit den anderen Verbündeten für die Sache des Friedens und des Fortschritts wirken".

In seiner Antwort gab der König von Italien der Hoffnung Ausdruck, daß die ungebrochenen Bande der Freundschaft und Sympathie, die stets die beiden Nationen vereinigten, in Zukunft im gegenseitigen Interesse beider Länder und zur Förderung der allgemeinen Aufgabe der Befriedung noch gestärkt werden.

Der typische Fall Tirpitz.

Der neue deutsche Reichstag kann in den Augen des deutschen Volkes schon in den ersten Tagen seines Bestehens alles gewinnen oder alles verlieren: Das Vertrauen, daß er nicht reden und verhandeln, sondern arbeiten und handeln will. Jeder Deutsche weiß, daß die deutsche Wirtschaft, von der letzten Endes unser aller Existenz abhängt, sich in einer furchtbar schweren Krise befindet. Viele taufende von geschäftlichen Unternehmungen schwanken. Die rettende Tat muß bald geschehen, ein klarer politischer Kurs, der greifbaren Zielen entgegenführt, muß schleunigst eingeschlagen werden. Keine Minute darf mit Geschwätz unnütz vergeudet werden. Die Parteien, auf die es bei der Frage der Regierungsneubildung ankommt, müssen sich dessen bewußt sein, daß sie kleinliche Erwägungen des Prestiges und der Parteitaktik und die in diesem Augenblick so unendlich kümmerliche Ueberlegung, ob ihre jetzige Stellungnahme ihnen bei den nächsten Wahlen wieder ein paar Wähler mehr einbringen wird oder nicht, zurückstellen hinter der Ueberzeugung, daß das Schicksal Deutschlands nun schon lange genug durch die Unsicherheit in der Führung beeinträchtigt worden ist. Die Traktionen des neuen Reichstages haben die erste Probe in dieser Beziehung nicht rühmlich bestanden. Der Geschäftsmann draußen im Lande, der nicht weiß, ob er morgen nicht schon seinen letzten Angestellten wegen Geldmangel entlassen muß, der Landwirt, der die notwendigsten Reparaturen an seinen Maschinen aus Geldmangel nicht ausführen lassen kann — alle die Angehörigen der schaffenden, erwerbenden und heute von schwerster Sorge bedrückten Berufsstände werden seit einer Woche mit Nachrichten gefüttert, daß die Parteien in Berlin nicht einig werden könnten, ob die Personenfrage oder die außerpolitische Frage bei der Regierungsbildung in den Vordergrund gestellt werden müsse. An jedem Tage werden dem Zeitungsleser ein paar neue Kanzlerkandidaturen vorgesetzt. Jede Kandidatur wird von den verschiedenen Parteien nicht mit dem Willen, schnell zur Tat zu kommen, sondern mit dem Willen, das eigene Parteiprestige in sonntäglicher Unverschrtheit aus dem Parteigetriebe zu retten, hin und her diskutiert. Der Fall Tirpitz ist charakteristisch. Wir sind der Ueberzeugung, daß die große Masse der Wählerschaft, die unbeschwert ist von kleinen politischen Bedenken und Erwägungen, bei der Nennung dieses Namens aufatmete, und daß auch die meisten der nichtdeutschnationalen bürgerlichen Wähler der Ansicht sind, daß unter diesem Namen die bürgerlichen Parteien zu einer Regierung sich vereinigen können. Die Einigung ist nicht eingetreten. Die Deutsche Volkspartei läßt mit sich reden, Demokraten und Zentrum sind — wenigstens die meisten Abgeordneten und Parteifunktionäre — dagegen und die sozialdemokratische Presse überschlägt sich vor Entsetzen bei dem Gedanken an einen „kaiserlichen Großadmiral" als deutschen Reichskanzler. Den pedantischen Kritikern und den berufsmäßigen Querulanten — dagegen und die „Sozialistischen Monatshefte" vor vier Jahren (1. Heft 1920, Seite 79) über Tirpitz gefällt wurde:

„Abseits aller Kriegsbücher der hohen Militärs und der Staatsmänner, mit denen wir jetzt begücklich worden sind, stehen Alfred von Tirpitz' Erinnerungen (Leipzig, R. F. Koehler). Man mag zu Tirpitz stehen, wie man will, man mag, je nach der eigenen weltpolitischen Orientierung, seine Marinepolitik gutheißen oder verurteilen, sein Buch bleibt rein menschlich und auch literarisch eine bedeutende Tat. Es hebt sich ragend aus der Flut der Erinnerungen heraus, ob seiner klaren Argumentation, seines sachlichen Ausdrucks und nicht zuletzt seines anständigen Tons. Man braucht das Tirpitzsche Buch nur mit dem Ludendorffschen zu vergleichen, um den gewaltigen geistigen Abstand der Denkweise zu erkennen. (Ob freilich bei dem Durchschnittsbürger eines Landes, in dem Ludendorff der in jeder Hinsicht Geschlagene, heute wieder als Triumphator auftreten kann, die Voraussetzungen eines solchen Urteils gegeben sind?) Man muß, um die maßvolle, beherrschte Sachlichkeit würdigen zu können, die trotz dem erregenden Stoff das Buch auszeichnet, daran denken, daß es ein Mann schrieb, dessen Lebenswerk soeben erst völlig zerbrach, von dessen fast 50 jährigem Schaffen nur kümmerliche, verachtete Reste übrigbleiben. Ergreifend sind Tirpitz' Briefe aus dem ehemaligen Großen Hauptquartier; nicht gering ist seine Gabe, die Dinge richtig vorauszusehen. In diesen Erinnerungen ist nicht eine Uebereinstimmung mit der Wirklichkeit nachträglich künstlich hergestellt; sie sind echt, sie suchen nicht den Leser zu täuschen, sie sprechen, in ihrem knappen Stil, die Wahrheit, wie sie sich dem Verfasser darstellt. Auch Tirpitz' Intelligenz ist durch sein geistiges Milieu, dem auch er sich nicht völlig entziehen konnte, begrenzt; daher finden wir hier wohl manches schiefe Urteil. Aber seine Intelligenz ist die eines an sich bedeutenden politischen Kopfes. Daher überwiegt in allem Wesentlichen seiner Betrachtungen das Richtige; seine Art ist der der politisierenden Militärs und der beamteten Staatsmänner völlig inkommensurabel. Daher entspricht seinem Geist auch die (den anderen unverständliche) Grundidee der kontinentaleuropäischen Politik, wenngleich er sich bei ihrer Durchführung nicht zu völliger Freiheit emporringen kann.

Tirpitz' Erinnerungen werden nicht nur ein Quellenwerk des Seekriegs für lange Zeit bleiben, sondern auch ein Buch, nach dem um seiner inneren Werte willen Freund und Feind seiner Tätigkeit oft und sicher auch gern greifen werden. Und das gilt auch für unsere Kriegsgegner. Nicht nur für die Franzosen, die ohnehin geneigt sind, den Elan und das Sichsichsehen an sich anzuerkennen, und